

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 31.08.2022

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:12 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck eröffnet die Sitzung um 16:31 Uhr und begrüßt die Ausschussmitglieder, die Beigeordneten/die Vertreter der Beigeordneten und Gäste. Er stellt form- und fristgerechte Ladung sowie Beschlussfähigkeit mit der Anwesenheit von 8 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck stellt die Tagesordnung zur Abstimmung, nachdem Wortmeldungen nicht erhoben wurden.

Abstimmungsergebnis: 8:0:0

3 Genehmigung der Niederschrift vom 29.06.2022

Stadtrat Kellner erscheint um 16:33 Uhr. Beschlussfähigkeit mit Anwesenheit von 9 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern ist gegeben.

Frau Koschig, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum - Bürgerliste, bittet um Auskunft darüber, ob die Genehmigung für die E-Ladestation für Kraftfahrzeuge in Roßlau bereits erfolgt ist. **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, verneint dies. **Stadträtin Koschig** möchte wissen, wann dies geschieht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck bittet darum, das Thema unter Tagesordnungspunkt „Öffentliche Anfrage und Informationen“ zu behandeln. **Stadträtin Koschig** stimmt dem zu.

Wortmeldungen zur Niederschrift werden nicht hervorgebracht. Der Ausschussvorsitzende bringt die Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses vom 29.06.2022 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 9:0:0

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse aus der Sitzung vom 29.06.2022 bekannt:

Vermietung des städtischen Objektes Historisches Arbeitsamt,
August-Bebel-Platz 16 an die Bundesagentur für Arbeit - Grundsatzbeschluss
Grundstücksangelegenheit
Zustimmung zum Verkauf gewerblicher Bauflächen im Bereich
der Magdeburger Straße / Tornauer Weg
Grundstücksangelegenheiten
Verkauf eines Grundstückes im Gewerbegebiet Dessau-Mitte
Grundstücksangelegenheit
Rückabwicklung des Grundstückskaufvertrages über den Verkauf
der ehemaligen „Rodebilleschule“
Unternehmensangelegenheit
Jahresabschluss 2021 der MVZ DKD gGmbH i. L.
Unternehmensangelegenheit
Jahresabschluss 2021 der MVZ DKD gGmbH i. L. - Ergebnisverwendung
Unternehmensangelegenheit
Jahresabschluss 2021 der MVZ SKD gGmbH
Unternehmensangelegenheit
Jahresabschluss 2021 der MVZ SKD gGmbH - Ergebnisverwendung
Unternehmensangelegenheiten
Abrechnung der Zielvereinbarungen 2021 mit der Geschäftsführung
der MVZ SKD gGmbH
Unternehmensangelegenheiten
Jahresabschluss 2021 der WBD Industriepark Dessau GmbH
Unternehmensangelegenheiten
Jahresabschluss 2021 der WBD Industriepark Dessau GmbH
Ergebnisverwendung

Unternehmensangelegenheiten
Jahresabschluss 2021 der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft mbH (DWG)
Unternehmensangelegenheiten
Jahresabschluss 2021 der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft mbH (DWG)
Ergebnisverwendung
Unternehmensangelegenheiten
Abrechnung der Zielvereinbarung 2021 mit der Geschäftsführung
der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft mbH (DWG)
Unternehmensangelegenheiten
Zielvereinbarung 2022 mit dem Geschäftsführer

der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft mbH (DWG)
Unternehmensangelegenheiten
Jahresabschluss 2021 der Stadtwerke Roßlau Fernwärme GmbH (SWR)
Unternehmensangelegenheiten
Jahresabschluss 2021 der Stadtwerke Roßlau Fernwärme GmbH (SWR)
Ergebnisverwendung
Unternehmensangelegenheiten
Jahresabschluss 2021 der Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH
(SMG)
Unternehmensangelegenheiten
Jahresabschluss 2021 der Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH
(SMG) - Ergebnisverwendung
Personalangelegenheit
Einstellung Amtsleiter Haupt- und Personalamt
Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Dessau-Roßlau

5 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass für den Berichtszeitraum keine Eilentscheidungen vorliegen.

6 Einwohnerfragestunde

Wortmeldungen werden zu diesem Tagesordnungspunkt nicht erhoben. Schriftliche Anfragen wurden nicht eingereicht.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, nimmt die Frage von Stadträtin Koschig aus Tagesordnungspunkt 3 auf und erklärt, dass, nachdem einige Ladestationen im öffentlichen Raum genehmigt worden sind, die Information erfolgte, dass dies rechtlich auf dem bisherigen Weg nicht mehr möglich ist. Derzeit erfolgt Prüfung, auf welchem Weg die Genehmigung künftig erfolgen kann. Aufgrund der Komplexität des Themas wird hierfür noch Zeit benötigt.

Frau Koschig, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum - Bürgerliste, erfragt, ob andere gesetzliche Regelungen vorliegen, aufgrund derer so verfahren wird.

Frau Schlonski erklärt, dass der Grund hierfür in dem Unterschied liegt, ob die Ladestationen auf privatem Gelände oder im öffentlichen Raum aufgestellt werden. Die Kommune steht in einem wert- und diskriminierungsfreien Wettbewerb, sodass geprüft werden muss, welchem Antrag stattgegeben werden kann oder, ob eine Ausschreibung erfolgen muss. Frau Schlonski hofft, dass ein unkomplizierter Weg gefunden werden kann, muss jedoch um etwas Geduld bitten.

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf, möchte wissen, ob bezüglich möglicher Ausschreibungen auf Erfahrungen aus anderen Städten zurückgegriffen werden kann.

Frau Schlonski, erklärt, dass diesbezüglich derzeit in der Hoffnung recherchiert wird, ein entsprechendes Beispiel zu finden.

Herr Kellner, Fraktion der CDU, stellt fest, dass am DB-Gelände (RAW) zwei Ladesäulen vorgesehen sind, jedoch nur eine installiert ist, die rege genutzt wird. Er möchte wissen, wann die zweite Ladesäule installiert wird.

Herr Höll, Geschäftsführer der Stadtwerke Dessau, teilt mit, dass die Installation der zweiten Ladesäule in Auftrag gegeben wurde.

Herr Ratzmann, Fraktion der AfD, spricht die Verunsicherung der Bürger aufgrund der aktuellen Situation an. Die Stadt sollte sich darauf einstellen und einen Krisenstab bilden. Die Sorgen der Bürger über die Kostensteigerungen müssen ernstgenommen werden. Im Vorfeld sollte ein Anlaufpunkt zur Aufklärung oder Hilfestellung geschaffen werden, bei dem die Bürger fachlich fundierte Aussagen erhalten. Herr Ratzmann sieht dringenden Handlungsbedarf.

Herr Kellner, Fraktion der CDU, stellt den Geschäftsordnungsantrag, nach der Tagesordnung zu verfahren und dieses Thema ordnungsgemäß in Tagesordnungspunkt 7.2 zu behandeln.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass die Sitzung mit Tagesordnungspunkt 7.1 fortgesetzt wird und die Anregung von Stadtrat Ratzmann in Tagesordnungspunkt 7.2 aufgegriffen wird.

7.1 Bericht des Beigeordneten aus dem Ukrainestab

Frau Paesold, Leiterin des Amtes für Soziales und Integration und Vertreterin des Beigeordneten für Gesundheit, Soziales und Bildung, erstattet Bericht aus dem Ukrainestab. Mit Stand vom 30.08.2022 wurden 1.184 ukrainische Schutzsuchende in der Stadt Dessau-Roßlau aufgenommen. In den Monaten Mai, Juni und Juli ist die Aufnahme etwas zurückgegangen. Im Monat August wurden 75 Schutzsuchende aufgenommen. Dies ist mehr als eine Verdopplung im Vergleich zu den Vormonaten durch unterschiedliche Ursachen. Zum einen liegt dies daran, dass einige

Kommunen Aufnahmestopps ausgesprochen haben, insbesondere in angrenzenden Bundesländern. Die Schutzsuchenden wurden zum Teil bereits vier Mal abgewiesen. Eine Aufnahme bis zu einer gewissen Quote wurde mit dem Landesverwaltungsamt und in der Dienstberatung der Ministerien abgeklärt. In der Dienstberatung wurde ein Erlass angekündigt, in dem die Aufnahmequoten für die Kommunen erstmalig ausgewiesen werden. Der Erlass und die darin enthaltenen Zahlen liegen bislang noch nicht vor. Für die Stadt Dessau-Roßlau wurde ein Delta ausgewiesen. Es muss geprüft werden, ob dieses Delta dadurch zustande kommt, dass in der Ausländerbehörde noch nicht alle Personen im Free-System erfasst sind. Im Vergleich zu anderen Städten und Kommunen ist die Stadt Dessau-Roßlau bereits weit vorangekommen. Weitere Personen müssen aufgrund des kleinen Deltas aufgenommen werden. Unter den 1.184 Personen befinden sich insgesamt 450 Kinder, davon sind 341 im schulpflichtigen Alter. 109 Kinder sind im Kindergarten, der Kinderkrippe oder dem Hort angemeldet. Von den schulpflichtigen Kindern sind 238 mit Beginn des Schuljahres in die Schule aufgenommen worden. Auch hier muss die Klärung des Deltas erfolgen. Einige Familien nehmen weiterhin den Fernunterricht, der bereits Anfang August in der Ukraine wieder aufgenommen wurde, in Anspruch. Durch das Schulamt ist zu klären, wie die Schulpflicht umgesetzt werden kann.

Aufgrund der gestiegenen Zugangszahlen musste eine Entscheidung über die weitere Erstanlaufstelle für die Stadt getroffen werden. Die Personen, die bis zum 30.06.2022 angekommen sind, wurden mit Unterkünften versorgt. Ab dem Zeitpunkt des vermehrten Zugangs konnte das nicht mehr schnell sichergestellt werden. 272 komplett möblierte Wohnungen wurden angemietet und werden von 764 Personen bewohnt. Es wurde strikt darauf geachtet, dass die Wohnungen vorrangig für Mütter mit schulpflichtigen Kindern, Kranke und behinderte Personen vorgehalten werden. Auch im August wurden schwersterkrankte und behinderte Personen aufgenommen, bei denen sofort gehandelt werden muss. Mit Pflegediensten und Pflegeeinrichtungen wurde in Kontakt getreten. Im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister wurde nun die Entscheidung getroffen, die Turnhalle im Berufsschulzentrum als Erstanlaufstelle mit den eingespielten Abläufen bis zum 31.12.2022 weiterzuführen. Die Ankündigungen in der Dienstberatung des Ministeriums rechtfertigen dies, da auch davon auszugehen ist, dass im Herbst weitere Zugänge aus der Ukraine in der Bundesrepublik zu erwarten sind und auch Dessau-Roßlau weitere Zuweisungen erhalten wird. Bisher gab es zwei regelhafte Zuweisungen in Form der zwei Busse, die im März angekommen sind. Die weiteren Zugänge erfolgten durch einreisende Personen oder Privatinitiativen.

Frau Paesold nimmt Bezug auf eine Anfrage in der letzten Sitzung des Haupt- und Personalausschusses zur Zahl der Impfbereitschaft bzw. Impfpflicht. Wöchentlich erfolgen 50 bis 60 Impfungen, bei denen die Nationalität der zu impfenden Personen nicht erfasst wird, sodass eine Auswertung nicht vorgenommen werden kann, wie viele Personen aus der Ukraine geimpft worden sind.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck ergänzt bezüglich der Entscheidung, die Sporthalle des Berufsschulzentrums weiter zu nutzen, dass sehr wohl bekannt ist, dass dies mit Einschränkungen in der Vereinslandschaft verbunden ist. Dies lässt sich aufgrund des Solidaritätsgedankens leider nicht vermeiden. Das Sportreferat, wie

auch die Bildungsverwaltung sind sehr bemüht, Ausweichmöglichkeiten für Sportveranstaltungen und den Trainingsbetrieb zu finden. Für den Schulsportunterricht wurde die Anhalt-Arena gefunden. Herr Oberbürgermeister Dr. Reck bittet um Verständnis, dass ein Ausweichen nicht immer möglich sein wird. Unterschiedliche Varianten wurden durchdacht und durchgesprochen. Leider ist es nicht immer einfach, Wohnraum so herzurichten, dass die Schutzsuchenden gleich einziehen können. Dies stellt eine große logistische Herausforderung dar, sodass unter Gesamtwürdigung der Maßnahmen die Entscheidung getroffen wurde, die Sporthalle des Berufsschulzentrums bis zum Jahresende weiter zu nutzen. Im weiteren Verlauf des Jahres wird zu entscheiden sein, inwiefern dieser Termin endlich oder zu verlängern ist.

Herr Kellner, Fraktion der CDU, dankt für die bisher geleistete immense Arbeit. Er möchte wissen, ob die Wohnräume sowie die Turnhalle von Zeit zu Zeit darauf kontrolliert werden, ob Personen eventuell wieder abgereist sind. Möglicherweise können leerstehende Wohnungen weiter genutzt werden.

Des Weiteren weist Stadtrat Kellner darauf hin, dass die kalte Jahreszeit vor der Tür steht, in der die Kinder nicht mehr draußen spielen können. Er regt an, Räume im Berufsschulzentrum nachmittags freizugeben, damit die Menschen nicht zu eng aufeinandersitzen. Er befürchtet ein steigendes Aggressionspotential.

Abschließend bittet er im Hinblick auf die Deadline 31.12.2022 und die dann anstehende Weihnachtszeit darum, möglichst schon Anfang Dezember zu entscheiden, wie es bezüglich der Turnhalle weitergeht. Andernfalls könnten bei allen Beteiligten (Küche Klinikum, Dienstpläne) Schwierigkeiten entstehen. Es sollte daher nicht zu spät reagiert werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erachtet es ebenfalls als zu spät, erst im Dezember über das weitere Vorgehen nachzudenken. Dies wird in jedem Fall rechtzeitig erfolgen.

Frau Paesold berichtet über Ausschreibungen für Sozialarbeiter. Eine Kollegin wird voraussichtlich ab 01.10.2022 eingesetzt werden können. Die anderen Bewerbungsverfahren blieben bislang ohne Erfolg. Nichtsdestotrotz ist man in allen Wohnungen sowie in den Communitys vor Ort und erhält täglich Upgrades über entstandene Probleme, Auszug oder Rückkehr von Personen. Einige Familien sind mit Erlaubnis der Ausländerbehörde in den Sommermonaten vorübergehend in die Ukraine gereist, um Dinge zu klären. Diese sind jedoch in ihre Wohnungen zurückgekehrt. Es gelingt nicht immer, sofort eine Lösung herbeizuführen, wenn beispielsweise sieben Personen in einer Wohnung untergebracht wurden und dann drei Personen ausreisen. Eine Umverlegung erfordert einige Zeit. Eine Übersicht, an der kontinuierlich gearbeitet wird, liegt den Mitarbeitern jedoch vor. Bei Problemen mit Einzelpersonen werden Maßnahmen ergriffen, die dazu führen sollen, den Konflikt nicht weiter auszuweiten.

7.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Frau Paesold, Leiterin des Amtes für Soziales und Integration und Vertreterin des Beigeordneten für Gesundheit, Soziales und Bildung, greift die Frage von Stadtrat Ratzmann in Tagesordnungspunkt 7 auf. Die Sorge der Bürger wird seitens der Stadtverwaltung geteilt. Derzeit ist jedoch noch unklar, was von Seiten der Bundesregierung mit dem dritten Entlastungspaket entschieden wird. Ankündigungen zu einer möglichen Wohngeldreform, aber auch zu Einmalzahlungen sind erfolgt. Es wurden jedoch unterschiedliche Aussagen getroffen. Ebenso wurde angekündigt, dass in den ersten Haushaltsberatungen konkrete Aussagen getroffen werden. Das muss abgewartet werden. Vorbereitungen werden in der Stadt Dessau-Roßlau getroffen und ein Beratungsteam wird gebildet. Ebenso wurden Gespräche mit der DVV bereits geführt. Festzustellen ist, dass sich Anfragen von Bürgern mehren, auch von Bürgern, die bisher in keinem Sozialleistungssystem aufgehoben sind. Bei Gesprächen zum dritten Entlastungspaket ist jedoch immer wieder die Rede davon, dass auch Entlastungen für Bürger vorgesehen sein sollen, die bisher keine Sozialleistungen bezogen haben. Derzeit wird noch darüber gesprochen, in ein bestimmtes Gremium zu gehen, um diese Fälle aufzufangen. Im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Bildung wird darüber berichtet werden.

Herr Kellner, Fraktion der CDU, kann im Gremieninformationssystem die Ausschreibungen der Schulsozialarbeiterstellen nicht finden. Nach seiner Information sind acht Schulen betroffen. In den Grundschulen, in denen Schulsozialarbeiter wichtig wären, sind keine mehr vorhanden. Er bittet um Auskunft über den Sachstand. Nach einem Artikel in der Mitteldeutschen Zeitung hat das Land ebenfalls 12 Stellen ausgeschrieben. Er befürchtet, dass sich deshalb niemand auf die ausgeschriebenen Stellen der Stadtverwaltung bewirbt und die Kinder das Nachsehen haben.

Frau Paesold teilt mit, dass ein Antrag gestellt wurde, zwei Stellen der Schulsozialarbeiter zu entfristen. Dieses Verfahren läuft derzeit noch. Weitere sechs VAO-Anträge zur Stellenbesetzung der Schulsozialarbeiter bestehen ebenfalls. Frau Paesold wird sich über den konkreten Sachstand informieren und schriftlich darüber berichten.

Stadtrat Kellner bezieht sich auf die Ausschreibung einer Amtsleiterstelle. Er möchte wissen, ob der neue Dezernent daran beteiligt war und erinnert daran, dass sich an anderer Stelle darauf verständigt wurde, abzuwarten, bis der neue Dezernent im Amt ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass der von Stadtrat Kellner angesprochene Sachverhalt derzeit geprüft wird. Herr Dr. Reck wird Stadtrat Kellner darüber informieren. Ergänzend teilt er mit, dass drei Amtsleiterstellen zu besetzen sind.

Frau Koschig, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum - Bürgerliste, möchte wissen, warum auf dem russischen Ehrenfriedhof in Roßlau sämtliche Grabsteine entfernt wurden und wer dies veranlasst hat. Der Friedhof ist eingezäunt und war über das Tor zugänglich, welches derzeit zugeschlossen ist.

Des Weiteren erfragt sie den Sachstand der Baumaßnahmen in der Ölmühle in Roßlau.

Frau Wirth, Leiterin des Amtes für Stadtfinanzen und Vertreterin der Beigeordneten für Finanzen, teilt mit, dass auf dem Ehrenfriedhof umfangreiche Sanierungsarbeiten des Landesverwaltungsamtes an den Gräbern und an den Grabsteinen bis zum Jahresende stattfinden. Frau Wirth erklärt, dass konkrete Informationen hierzu nachgereicht werden.

Stadträtin Koschig hätte es begrüßt, wenn über diese Maßnahme berichtet worden wäre, um das Entstehen von Gerüchten zu vermeiden.

Nach Kenntnis von **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, befinden sich die Baumaßnahmen an der Ölmühle in der geplanten Zeitschiene. Zeitverzögerungen sind ihr nicht bekannt. Sie wird das Thema jedoch mitnehmen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert über die Vereidigung von drei Beigeordneten. Der Stadtrat war durch die stellvertretende Vorsitzende des Stadtrates, Frau Dammann, vertreten. Der Stadtratsvorsitzende sowie der Oberbürgermeister werden am 02.09.2022 Frau Hachmann den Amtseid abnehmen.

Weiter teilt er mit, dass derzeit die Haushaltsaufstellung erfolgt. Frau Wirth erarbeitet derzeit mit den Kollegen aus den Fachdezernaten einen sehr herausfordernden Haushalt. Dieser bewegt sich aufgrund der deutlichen Kostensteigerungen im großen Millionenbereich. Nach Vorliegen des Entwurfes erfolgt die entsprechende Gremienbeteiligung.

Stadtrat Kellner möchte wissen, ob es den Tatsachen entspricht, dass die städtischen Verkehrsbetriebe vom Land nicht so hoch subventioniert werden wie Halle und Magdeburg, weil die DVV keine Minusbeträge einfährt.

Herr Höll, Geschäftsführer der DVV, sieht hier eine grundsätzliche Thematik, unabhängig von den letzten Jahren. Jeder öffentliche Nahverkehr fährt Verluste. Der derzeitige Verlust der DVV liegt bei 4,5 Mio. Euro. Er weist auf die Tarifsteigerungsthemen und die steigenden Energiekosten hin. Die Anzahl der Fahrgäste liegt etwa 20% unter dem Niveau vor Corona. Dieses Thema wird im Aufsichtsrat immer wieder diskutiert. Seiner Ansicht nach sollte eine politische Diskussion erfolgen, da die Umverteilung der Geldmittel im Land an bestimmten Parametern hängt, die die Stadt Dessau-Roßlau als Oberzentrum nicht unbedingt bevorzugen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erinnert an den U6-Faktor im Finanzausgleichsgesetz.

8 Beschlussfassungen

8.1 Wahl von Schiedspersonen für die Schiedsstellen I, IV und V der

Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/252/2022/I-07

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erläutert die Beschlussvorlage und begrüßt die Anwesenden, Herrn Hans-Jürgen Nenneker und Frau Pia Schmidt.

Herr Ratzmann, Fraktion der AfD, ist der Meinung, dass die Personen für die Schiedsstellen erst gewählt und besetzt wurden. Er möchte wissen, ob dies zutrifft oder, ob gewählte Personen den Rücktritt erklärt haben.

Frau Kuhnt, Leiterin des Referats des Oberbürgermeisters, teilt mit, dass niemand seinen Rücktritt erklärt hat. Die gewählten Personen haben ihre Position bereits inne. Es konnte jedoch nicht für jede Schiedsstelle schon der Vorsitzenden und der Vertreter benannt werden. Aus diesem Grund erfolgt jetzt die weitere Wahl. Frau Kuhnt kündigt an, dass auch noch eine weitere Person folgen wird.

Auf Nachfrage von Stadtrat Fricke erklärt **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck**, dass der formale Akt der Wahl der Schiedspersonen im Stadtrat erfolgt. Im hiesigen Ausschuss wird lediglich die Vorlage bestätigt. Er bringt die Überweisung der Vorschlagsliste in den Stadtrat gemäß Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Stadtrat wählt für die Besetzung der Schiedsstellen I, IV und V der Stadt Dessau-Roßlau nach § 4 Abs. 1 Schiedsstellen- und Schlichtungsgesetz (SchStG) folgende Schiedspersonen:

1. für die Schiedsstelle I der Stadt Dessau-Roßlau

Vorsitz: Frau Uta Profft

2. für die Schiedsstelle IV der Stadt Dessau-Roßlau

weitere Schiedsperson: Herr Hans-Jürgen Nenneker

3. für die Schiedsstelle V der Stadt Dessau-Roßlau

weitere Schiedsperson: Frau Pia Schmidt

Abstimmungsergebnis: 9:0:0

8.2 Unternehmensangelegenheiten
Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Dessau für das
Geschäftsjahr 2021
Vorlage: BV/261/2022/II-20BTM

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck sowie Stadtrat Ratzmann erklären Befangenheit und nehmen nicht an der Abstimmung teil. Die Sitzungsleitung zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf.

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf, stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Dessau für das Geschäftsjahr 2021 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 7:0:0

8.3 Bodenpolitik und Verpachtung öffentlicher Nutzflächen
Vorlage: FV/020/2022/Linke

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck stellt fest, dass der Einbringer der Fraktionsvorlage nicht anwesend ist.

Herr Präger, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum - Bürgerliste, hätte sich eine Einführung durch den Einbringer gewünscht. Seine diesbezüglichen Fragen werden nur durch den Einbringer zu beantworten sein. Er erfragt die weitere Vorgehensweise.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck schlägt vor, die Haltung der Verwaltung zur Fraktionsvorlage zu erläutern.

Auch **Herr Fricke, Fraktion der SPD,** hätte einige Fragen an den Einbringer zu richten. Da er diese nicht stellen kann, wird er sich im Ergebnis darauf beschränken, gegen die Vorlage zu stimmen.

Herrn Kellner, Fraktion der CDU, fehlt die Vorberatung in einem Fachausschuss.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck fasst die Position der Verwaltung zusammen. Er erklärt, dass die Forderungen nicht leistbar sind. Am Anfang sollte eine Fragestellung stehen, die den Aufwand begründet. Die Vorlage kann in bester Absicht eingereicht worden sein, in der vorliegenden Form ist jedoch die Fragestellung schlecht exzerpierbar. Die Bearbeitung würde einen gewaltigen Verwaltungsaufwand mit sich bringen.

Auch **Stadtrat Präger** hätte den Hintergrund bzw. den Zweck der Vorlage gern erfragt. Er würde gern die Empfehlung an den Einbringer abgeben, sich direkt an die Verwaltung zu wenden. Für diese Information ist ein Beschluss im Haupt- und Personalausschuss und im Stadtrat nicht erforderlich. Durch eine Anfrage in der Verwaltung hätte in Erfahrung gebracht werden können, in welchem Umfang das Begehren

leistbar ist. Dafür ist es jedoch erforderlich, den Zweck der Vorlage zu kennen. Aus diesem Grund würde seine Fraktion auch gegen die Vorlage stimmen.

Ebenso ist **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, die Zielstellung der Vorlage völlig unklar. Sie konnte sich im Vorfeld vertiefend Gedanken darüber machen. Der Beschluss lautet, dass Daten zusammenzustellen sind, um daraus eine Analyse zur gemeinwohlorientierten Verpachtung öffentlicher Nutzflächen zu erstellen. Ihr ist nicht ganz klar, was damit gemeint ist und welches Ziel mit einer solchen umfänglichen Datensammlung verfolgt werden soll. Eine Zuarbeit des Zentralen Gebäudemanagements hat gezeigt, was eine Umsetzung der Vorlage bedeuten würde.

Quadratmeter-Nutzflächen: Die Nutzflächen der Stadt sind über verschiedenste Ämter verteilt. Das würde eine große Sammelaktion quer durch die Verwaltung bedeuten. Das würde fast alle kommunalen Flächen, mit Ausnahme des normalen Waldes, des Wassers und Sonderbauflächen, umfassen. Somit müssten über 7.000 Flurstücke benannt und bezeichnet werden, was eine immense Datensammlung bedeuten würde.

Ausgestaltung von Pachtverträgen: Musterverträge sind vorhanden. Diese sind jedoch unterschiedlich, je nachdem, welcher Pachtzweck/Pachtnutzen dahinter steckt. Die Verträge werden mit den jeweiligen Pächtern bedarfsgemäß abgestimmt. Verhandlungsspielräume sind also vorhanden. Bei Unklarheiten und Sonderwünschen erfolgt dies immer in Abstimmung mit dem Rechtsamt. Die Vielfalt der Pachtverträge ist sehr groß, sodass es wäre schwierig ist, klare Aussagen zu treffen.

Verlängerungen Neuausschreibung: Auch hierbei gibt es ganz unterschiedliche Optionen. Bestimmte Pachtverträge können sich um ein Jahr verlängern, wenn diese nicht von einer Vertragspartei gekündigt werden. Verträge, die durch die Stadt stärker kontrolliert werden, können jedoch auslaufen. Andere Verträge können sich wiederum um weitere drei Jahre verlängern, weil ein Jahr zu kurz wäre (beispielsweise in der Landwirtschaft, wenn mit dem entsprechenden Grundstück gearbeitet werden soll).

Vergabe Neuausschreibungen: Dieser Punkt knüpft an den vorangegangenen an und hängt individuell vom Pachtnehmer und der Pacht selbst ab. Die Weiterverpachtung eines Kleingartens wird durch die Kleingartenvereine geregelt. Anders verhält es sich bei Pachtverträgen für Flächen mit kommerzieller Nutzung. Bei diesen erfolgt eine genaue Prüfung der Form der Ausschreibungserfordernisse in Zusammenarbeit mit dem Rechtsamt. Jedoch gibt es auch hierbei eine Vielzahl von Optionen.

Pachtpreise: Diese sind abhängig vom Pachtgegenstand. Kleingärten bewegen sich im Centbereich. Bei kommerziell nutzbaren Flächen finden beispielsweise der Bodenrichtwert, der Mietspiegel oder auch die Inflationsrate Berücksichtigung.

Abgesehen von der Frage des praktischen Nutzens einer solchen Datensammlung wäre die Ermittlung der entsprechenden Daten eine Aufgabe, die eine immense Zusatzleistung seitens der Verwaltung erforderlich machen würde. In Zeiten der Personalknappheit in allen Dezernaten, ist diese Aufgabe nicht zu leisten. Vor diesem Hintergrund bittet Frau Schlonski um Ablehnung dieser Vorlage.

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, nimmt auf die Ausführungen von Frau Schlonski Bezug und macht keine weiteren Ausführungen zu der in seinen Augen unsinnigen Vorlage. Er merkt an, dass sich in der Begründung (Anlage 1) lediglich ein Sammelsurium von Fragestellungen befindet und dieses somit keine Begründung darstellt.

Stadtrat Fricke schließt sich den vorangegangenen Ausführungen vollumfänglich an. Er erachtet die Vorlage als Versuch der Instrumentalisierung des Stadtrates.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck stellt die Fraktionsvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung Dessau-Roßlau, eine Analyse zur gemeinwohlorientierten Verpachtung von öffentlichen Nutzflächen durchzuführen.

Als inhaltlicher Bestandteil dieser Analyse sollen die in der Anlage 1 aufgestellten Fragen beantwortet werden.

Über den Arbeitsstand wird im ersten Quartal 2023 der Haupt- und Personalausschuss informiert.

Abstimmungsergebnis: 0:9:0

Der Ausschussvorsitzende stellt um 17:19 Uhr Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

12 Beschlussfassungen

12.1 Unternehmensangelegenheiten Entlastung der Geschäftsführer der Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2021 Vorlage: BV/264/2022/II-20BTM

Zu diesem Tagesordnungspunkt werden keine Wortmeldungen erhoben.

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung der Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2021.

Abstimmungsergebnis: 8:0:0

Herr Präger nimmt nicht an der Abstimmung teil.

12.2 Unternehmensangelegenheiten
Entlastung des Aufsichtsrates der Dessauer Versorgungs- und Ver-
kehrsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2021
Vorlage: BV/265/2022/II-20BTM

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck sowie der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf, erklären Befangenheit und nehmen nicht an der Abstimmung teil. Des Weiteren nimmt Stadtrat Präger nicht an der Abstimmung teil. Die Sitzungsleitung zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt Stadtrat Kellner in Vertretung für Stadtrat Adamek.

Wortmeldungen zur Beschlussvorlage werden nicht erhoben, sodass **Stadtrat Kellner** diese zur Abstimmung stellt.

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung der Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2021.

Abstimmungsergebnis: 6:0:0

13 Schließung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung um 18:12 Uhr.

Dessau-Roßlau, 06.10.22

Dr. Robert Reck
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

Schriftführer

